

Inhaltsverzeichnis

1. Johanna-Quandt-Stiftung	
2. BMW	
3. CDU	
4. Commerzbank	
5. Ludwig-Erhard-Stiftung	
6. Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	
7. Christoph Keese	
8. Parteispenden	

Johanna-Quandt-Stiftung

Johanna-Quandt-Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	Stiftung
Tätigkeitsbereich	<text>
Gründungsdatum	1995
Hauptsitz	Seedammweg 55, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadress	www.johanna-quandt-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Organisationsstruktur und Personal	3
3 Großspenden der Quandt/Klatten-Familie an die CDU kurz nach der Bundestagswahl 2013	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Johanna-Quandt-Stiftung wurde 1995 von Frau Johanna Quandt gegründet. Sie setzt sich dafür ein, das Verständnis für die marktwirtschaftliche Ordnung und für die Bedeutung des privaten Unternehmertums als Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in der Öffentlichkeit und den Medien zu fördern.^[1]

Zu den Projekten gehören:

- Johanna-Quandt-Wirtschaftsstipendium

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit der Holtzbrinck-Verlagsgruppe, dem ZDF und dem Hessischen Rundfunk absolvieren Volontäre der drei genannten Medien als Johanna-Quandt-Stipendiaten einen Teil ihrer Ausbildung in wirtschaftsnahen Fernseh- und Hörfunkredaktionen sowie in den Wirtschaftsredaktionen von Tageszeitungen.

- Herbert Quandt Medien-Preis

Der mit 50 Tsd. Euro dotierte Preis wird seit 1986 jährlich an Journalisten und Publizisten vergeben, die sich mit dem Wirken und der Bedeutung von Unternehmern und Unternehmen in der Marktwirtschaft auseinandersetzen

Organisationsstruktur und Personal

Kuratorium

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- Stefan Quandt (Stellv. Vorsitzende), Sohn von Johanna Quandt, Großaktionärin von [BMW](#), Großspender der [CDU](#)
- Stefan-Andreas Cassdorf (Chefredakteur "Der Tagesspiegel")
- Helmut Reitze (Intendant Hessischer Rundfunk), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#)
- Roldand Tichy (ehemaliger Chefredakteur "Wirtschaftswoche", Vorsitzender des Vorstand der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#))

Die Vorsitzende und Namensgeberin Johanna Quandt ist im August 2015 verstorben.^[2] Sie war die dritte Ehefrau des verstorbenen Herbert Quandt, Großaktionärin von [BMW](#), Großspenderin der [CDU](#)^[3]

2010 legten Mathias Müller von Blumencron (damaliger Chefredakteur des Spiegel), Gabriele Fischer (Chefredakteurin von brand eins) und [Christoph Keese](#) (früherer Chefredakteur der Welt am Sonntag und heutiger Konzerngeschäftsführer Public Affairs bei Springer) ihre Mandate im Kuratorium nieder, nachdem in der TV-Dokumentation "Das Schweigen der Quandts" die Einbettung der Quandt-Dynastie in das NS-Regime detailliert geschildert worden war.^[4]

Großspenden der Quandt/Klatten-Familie an die CDU kurz nach der Bundestagswahl 2013

Die Großspenden der BMW-Anteilseigner Johanna Quandt und ihrer Kinder Stefan Quandt und Susanne Klatten an die CDU in Höhe von insgesamt 690 Tsd. Euro fast gleichzeitig mit einer politischen Entscheidung über strengere EU-Grenzwerte für den CO2-Ausstoß von Autos wurde von weiten Teilen der Öffentlichkeit kritisiert. Lobbycontrol startete in diesem Zusammenhang eine Aktion zur Begrenzung von [Parteispenden](#)^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Stiftung](#), Webseite der Johanna-Quandt-Stiftung, abgerufen am 16. 10. 2013
2. ↑ [Nachruf auf Johanna Quandt: Die schweigsame Magnatin](#), Deutschlandfunk, 6. August 2015, zuletzt aufgerufen am 6.8.2015
3. ↑ [So wurden die Quandts zu Milliardären](#), Süddeutsche online vom 16. Oktober 2013, Webseite Süddeutsche, abgerufen am 16. 10. 2013
4. ↑ [P. Katzenberger: Stiften aus der Stiftung Quandt-Preis: Juroren treten zurück](#), Süddeutsche Zeitung online vom 17. Mai 2010, Webseite SZ, abgerufen am 16. 10. 2013

5. ↑ Aktion: "Meine Stimme gegen den Lobbyismus - Für Demokratie" Jetzt mitmachen: Parteispenden begrenzen, Lobbyismus Schranken setzen, Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 17. 10. 2013

Bmw

Die **Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG)** mit Sitz in München ist das Mutterunternehmen des BMW Konzerns (BMW Group). Im Konzern werden Autos (Marken: BMW, MINI und Rolls-Royce Motor Cars) sowie Motorräder produziert. Der weltweite Umsatz lag 2016 bei 94 Mrd. Euro; die Zahl der Mitarbeiter betrug ca. 124.000 ^[1]

Die BMW-Großaktionärsfamilie Quandt/Klatten gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Der BMW Konzern stellte bis 2013 über viele Jahre den Parteien regelmäßig Dienstwagen zur Verfügung, die als Parteispenden ausgewiesen wurden. Seit 2013 sponsert der Konzern einzelne Veranstaltungen, wie die Parteitage von CDU, CSU und SPD. Mit der Umstellung von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) werden die Spenden für die Öffentlichkeit undurchsichtiger.

BMW	
Branche	Automobilwirtschaft
Hauptsitz	München
Lobbybüro	Unter den Linden 42, 10117
Deutschland	Berlin
Lobbybüro EU	Boulevard de Waterloo 25, 1000 Brüssel
Webadresse	www.bmwgroup.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	4
1.1 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	4
1.2 Lobbyisten	5
1.3 Beziehungen zur CSU	5
1.4 Parteispenden	6
1.5 Parteisponsoring	6
2 Fallbeispiele und Kritik	7
2.1 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	7
2.2 Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW	7
3 Gesellschafterstruktur	7
4 Leitungsgremien	7
5 Mitgliedschaften	7
6 Stiftungen	8
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
8 Einzelnachweise	8

Lobbytätigkeit

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. ^[2] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit [Daimler](#) und BMW für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. ^[3]

Lobbyausgaben, Lobbyisten und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission im Jahr 2017

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyisten	Zahl der Lobbyisten (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	2,66	4	14,75	50
Daimler	2,6	5	7,75	31
BMW	1,4	4	5,5	33
Opel	0,6	1	1,5	2
Verband der Automobilindustrie (VDA)	2,5	2	14	27
Summe	9,76	16	43,5	143

Quelle: ^[4]

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt

(2) Lobbyisten: Im *EU Transparenz-Register* wird die Zahl der akkreditierten Lobbyisten und die Zahl der Lobbyisten (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Laut Erläuterungen bei *LobbyFacts* ist die Zahl der akkreditierten Lobbyisten eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyisten nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyisten wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyisten kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes *Lobbyregister* gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: *Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!*.

Lobbyisten

- **Maximilian Schöberl** (CSU), Leiter Konzernkommunikation und Politik, ehem. Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU in München^[5]
- **Frank Beust**, Leiter Konzernrepräsentanz Brüssel

Beziehungen zur CSU

- Der Cheflobbyist **Maximilian Schöberl** (CSU) war Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Münchner CSU
- Das Vorstandsmitglied Milagros Caina-Andree ist Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums des *Wirtschaftsbeirat Bayern* (auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt), dem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen^[6]

Parteispenden

BMW und die Eignerfamilie Quandt/Klatten gehören zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendeten der Konzern und die Eignerfamilie insgesamt 9.901.067,52 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilte sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	4.275.337,54
CSU	1.899.269,23
FDP	1.883.786,42
SPD	1.347.213,55
Grüne	495.460,78

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im Oktober 2013 spendete die Familie Quandt/Klatten insgesamt 690.000 Euro an die CDU und 210.000 Euro an die FDP.^[7] Obwohl die Spenden bereits im Frühjahr des Wahljahres 2013 versprochen worden waren, wurden sie erst nach der Bundestagswahl ausgezahlt - und damit auch erst nach der Wahl veröffentlicht.^[8] Eine öffentliche Diskussion über die Spenden während des Wahlkampfs wurde so vermieden. Die Spenden kamen fast gleichzeitig mit einer politischen Entscheidung über EU-Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos. In den beiden auf die Skandalspende folgenden Jahren verzichtete die Familie Quandt/Klatten auf Parteispending; in den Jahren 2016-2018 spendete sie insgesamt 704.801 € an CDU und FDP.

BMW stellte CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zudem über viele Jahre einen Fuhrpark zur Verfügung. Dies geschah kostenlos und wurde jeweils als Parteispending ausgewiesen.^[9]

Parteisponsoring

Im Jahr 2013 änderte BMW sein Verfahren zur Parteienunterstützung und unterstützt seither „die gesellschaftspolitische Arbeit der Parteien durch einzelne themenbezogene Kooperationen“^[10]. So sponserte der Konzern 2014 u.a. die Parteitage von CDU, CSU und SPD, die Denkfabrik Sachsen (CDU), die Landesversammlung der CSU-Frauen-Union und der CSU-Mittelstands-Union sowie die Jubiläumsfeier "40 Jahre Seeheimer Kreis" (SPD). Da die Parteien weder die Herkunft noch die Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen müssen, wird die Höhe der Zuwendungen durch eine solche Umstellung von Parteispending auf Parteisponsoring für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Denn die Parteien müssen weder die Herkunft noch die genaue Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen.

Fallbeispiele und Kritik

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

BMW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselaabgasen zu beweisen.^[11]

Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung intervenierten Horst Seehofer (CSU) und die bayerische Staatskanzlei nach dem Bekanntwerden der Abgasaffäre wiederholt beim Bundeskanzleramt mit dem Ziel, BMW und andere deutsche Autobauer vor strengen EU-Abgasregelungen zu schützen.^[12] So habe die Staatskanzlei am 27. Oktober 2015 dem Kanzleramt ein Positionspapier mit der Bitte um „vertrauliche Behandlung“ geschickt, das unter Punkt drei „die wichtigsten Forderungen der BMW Group“ enthielt. Die EU-Staaten verständigten sich am 28. Oktober 2015 auf weniger strenge Abgasregeln als zuerst geplant. Was in Brüssel beschlossen wurde, entspricht laut SZ bis ins Detail dem, was BMW durchsetzen wollte. BMW erklärte gegenüber der SZ, nur das das verlangt zu haben, was die ganze Branche gewollt habe und was technisch möglich sei.

Gesellschafterstruktur

Großaktionäre von BMW sind nach dem Tod von Johanna Quandt am 3. August 2015 deren Kinder Stefan Quandt mit knapp 26 Prozent und Susanne Klatten mit knapp 21 Prozent.^[13]

Leitungsgremien

Vorstand: Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Harald Krüger. (Stand August 2017).

Aufsichtsrat: Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Mitglieder sind u.a.: [Norbert Reithofer](#) (Vorsitzender) sowie die Großaktionäre [Stefan Quandt](#) (Stellv. Vorsitzender) und [Susanne Klatten](#).

Mitgliedschaften

BMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA)
- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [Forum for the Automobile and Society](#)

Stiftungen

Die folgenden Stiftungen sind mit BMW und der Familie Quandt/Klatten vernetzt:

- [BMW Stiftung Herbert Quandt](#) (Stifter: BMW; Mitglied des Kuratoriums ist u. a. Stefan Quandt)
- [Johanna-Quandt-Stiftung](#) (Stifterin: Johanna Quandt; Mitglieder des Kuratoriums sind u.a. Stefan Quandt und Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#))
- [Herbert Quandt-Stiftung](#) (Stifterinnen: Altana AG/Susanne Klatten; Mitglied des Stiftungsrats ist u. a. Susanne Klatten)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Die BMW GROUP in Zahlen](#), bmwgroup.com, abgerufen am 31.07.2017
2. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
3. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
4. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 09.02.2018
5. ↑ [Personal Profile](#), bmw-stiftung.de, abgerufen am 31.07.2017
6. ↑ [Präsidium](#), wbu.de, abgerufen am 01.08.2017
7. ↑ [Deutscher Bundestag Parteispenden](#), abgerufen am 15.05.2017
8. ↑ [„BMW hat Merkel im Sack“](#), Handelsblatt.de vom 15.10.2013, abgerufen am 15.05.2017
9. ↑ [Großzügige Autobauer Süddeutsche.de](#) vom 07.02.2011, abgerufen am 15.05.2017
10. ↑ [Rechenschaftsberichte: Wer finanzierte den Wahlkampf 2013?](#) lobbycontrol.de vom 29.03.2015, abgerufen am 13.02.2018
11. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
12. ↑ [Wie Seehofer geplante Abgasregelung torpedierte](#), sueddeutsche.de 23.09.2016, abgerufen am 15.05.2017
13. ↑ [BMW Quandt-Kinder erben Anteile gemeinsam](#), Wirtschaftswoche online vom 11. August 2015, abgerufen am 15.05.2017

CDU

**Christlich Demokratische Union
Deutschlands**

**Christlich Demokratische Union
Deutschlands**

Parteivorsitzende/r [Angela Merkel](#)

GeneralsekretärIn Peter Tauber

Hauptsitz Konrad-Adenauer-Haus,
Klingelhöferstraße 8, Berlin

Mitglieder ca. 431.920 (Stand: Ende 2016)^[1]

Webadresse www.cdu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	9
1.1 Bundestagswahl 2017	9
1.2 Bundestagswahl 2013	10
1.3 Bundestagswahl 2009	10
2 Finanzierung	11
2.1 Top-Spender	11
2.2 Gesamteinnahmen	12
3 Wirtschaftsrat der CDU	12
4 Weiterführende Informationen	12
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
6 Einzelnachweise	13

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

- Fazit von LobbyControl zur Stellungnahme der Unionsparteien

CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl halten sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen 4 Jahren unter dem Druck der [Steinbrück-Debatte](#) bewegt hat (vgl. auch unser [Lobbyreport 2013 zur schwarz-gelben Regierungszeit](#)). Weitere Verbesserungen strebt die Union allerdings nicht an.

Quelle: ^[4]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[5]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften von CDU und CSU lautete:

Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten haben CDU/CSU nicht viel im Sinn. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl werden für entweder nicht praktikabel oder für unnötig gehalten.

Quelle: ^[6]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 102.858.205,38 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 55.420.585,21 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei **CSU** sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch **Parteisponsoring** zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der CDU in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
DVAG (Firmengeflecht)	1.376.500 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Deutsche Vermögensberatung Holding, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung, Reinfried Pohl, UBG sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Gesamtmittel (Regionalverbände und Bundesverband)	1.287.539 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid, Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen sowie Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie sowie Gesamtmittel Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie e.V.
Hans-Joachim Langmann (Merck KGaA, Hauck & Aufhäuser)	925.000 €	
Familie Dommermuth	750.000 €	Spenden von Judith, Philip und Ralph Dommermuth (United Internet)
Daimler	500.000 €	

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7
Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[7]

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU**, eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern.

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [AParteimitglieder in Deutschland: Version 2017](#), abgerufen am 06. September 2017
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
7. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Commerzbank

Die **Commerzbank AG** ist nach der [Deutschen Bank AG](#) das zweitgrößte Finanzinstitut Deutschlands. Die Commerzbank geriet in Folge der **Welt-Finanzkrise** in eine bedrohliche Schiefelage und musste mit staatlichen Hilfen von über 18 Mrd. Euro gestützt werden. Kritiker bemängelten, dass der Staat seinen möglichen Einfluss auf die Commerzbank und ihre Geschäftspraktiken nicht annähernd ausschöpfte. Der [Soffin](#) senkte im Mai 2013 den Anteil am Aktienkapital der [Commerzbank](#) von gut 25% auf 17%.^[1]

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Commerzbank AG	
COMMERZBANK 	
Branche	Finanz
Hauptsitz	Kaiserplatz 1, 60311 Frankfurt / Main
Lobbybüro Deutschland	Verbindungsbüro Berlin, Pariser Platz 1, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Verbindungsbüro zur EU, Boulevard Louis Schmidt 29, B-1040 Brüssel
Webadress e	www.commerzbank.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	14
2 Personal & Organisation	14
2.1 Vorstand	14
2.2 Aufsichtsrat	14
2.3 Zentraler Beirat	15
2.4 Mitgliedschaften	15
3 Lobbystrategien	15
3.1 Parteispenden	16

4 Fallstudien	16
4.1 Fusion mit Staatshilfe - Die Übernahme der Dresdner Bank	16
4.2 Lobbyisten in Ministerien	16
5 Weiterführende Informationen	17
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
7 Einzelnachweise	17

Kurzdarstellung

Die Commerzbank ist eine international agierende Geschäftsbank mit Standorten in mehr als 50 Ländern. Ihre Kernmärkte sind Deutschland und Polen. Im Jahr 2013 erwirtschaftete sie mit durchschnittlich rund 54.000 Mitarbeitern Bruttoerträge von mehr als 9 Milliarden Euro.^[2]

2013 gab es die folgenden Anteilseigner:

- Capital Group über 5 %
- Black Rock über 5 %
- Bund 17 %
- Private Investoren 26 %
- Institutionelle Investoren 47 %

Personal & Organisation

Vorstand

- **Martin Blessing** (Vorstandsvorsitzender)
- Frank Annuscheit, Markus Beumer, Stephan Engels, Michael Reuther, Stefan Schnittmann, Martin Zielke

(Stand: Februar 2015) Quelle: ^[3]

Aufsichtsrat

- **Klaus-Peter Müller** (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
 - Mitglied des "Board of Directors" der **Parker Hannifin Corporation**, einem führenden Hersteller von Hydrauliksystemen für Fluggeräte - auch für Drohnen
 - Initiator des **Celler Dialogs** (Teilnehmer: Vertreter von Politik, Bundeswehr und Wirtschaft /Rüstungsindustrie)
 - Mitglied des Beirats der **Bundesakademie für Sicherheitspolitik** (BAKS)
 - Vorsitzender des Aufsichtsrats der Lobbyorganisation **Deutsches Verkehrsforum**
 - Mitglied der Europäischen Gruppe der **Trilateralen Kommission**
 - Mitglied des Kuratoriums der **Konrad-Adenauer-Stiftung**
- Uwe Tschäge (Stellv. Vorsitzender)
- Burckhard Bergmann, ehem. Vorsitzender des Vorstands der **E.ON Ruhrgas AG**, stellv. Vorsitzender der **Allianz Lebensversicherungs-AG**
- Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender des Vorstands **Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG**
- Uwe Foullong, Mitglied des **ver.di**-Bundesvorstands
- **Hans-Peter Keitel**, Ex-Präsident des **BDI**

- Alexandra Krieger, [Hans-Böckler-Stiftung](#)
- Ulrich Middelman, ehem. stellv. Vorsitzender des Vorstands [ThyssenKrupp AG](#)
- [Helmut Perlet](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Allianz SE](#)
- Mark Roach, Gewerkschaftssekretär [ver.di](#)-Bundesverwaltung
- Marcus Schenck, Finanzvorstand der [E.ON AG](#)
- Gertrude Tumpel-Gugerell, Ex-Direktorin der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#)
- und: Hans-Hermann Altenschmidt, Karin van Brummelen, Astrid Evers, Daniel Hampel, Otto Happel, Beate Hoffmann, Edgar Meister, Barbara Priester

(Stand: März 2013) Quelle: ^[4]

Zentraler Beirat

Die Mitglieder des Zentralen Beirats sind der Commerzbank verbundene Persönlichkeiten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

Mitglieder u.a.:

- Hans-Heinrich Driftmann, Präsident [Deutscher Industrie- und Handelskammertag \(DIHK\)](#)
- [Ulrich Grillo](#), Präsident des [BDI](#)
- [Johanna Hey](#), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Gründungsmitglied der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- [Helmut Reitze](#) Intendant [Hessischer Rundfunk](#), Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- [Wendelin Wiedeking](#), Ex-Porsche-Chef
- u.a.

(Stand: Januar 2015) Quelle: ^[5]

Mitgliedschaften

- [American Bankers Association \(ABA\)](#)
- [Association for Financial Markets in Europe \(AFME\)](#)
- [British Bankers Association \(BBA\)](#)
- [Bankers Association for Finance and Trade](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Centre for European Policy Studies](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [Institute of International Bankers \(IIB\)](#)
- [Institute of International Finance \(IIF\)](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen \(VfU\)](#)

Lobbystrategien

- Laut Handelsblatt soll [Martin Blessing](#) gute Beziehungen zu [Jens Weidmann](#) besitzen, dem früheren Wirtschaftsberater der Kanzlerin Merkel und jetzigem [Bundesbank-Präsident](#).^[6]

Parteispenden

[Übersicht über Spenden der Commerzbank an Parteien 2001-2008](#)

Fallstudien

Fusion mit Staatshilfe - Die Übernahme der Dresdner Bank

Am 31. August 2008 gab die Commerzbank bekannt, dass sie die 100% der **Dresdner Bank** von der **Allianz SE** für 9,8 Mrd Euro erwerben werde. Der Deal sah vor, dass ein Großteil des Betrages mit Commerzbank-Aktien (teilweise neu emittiert) bezahlt würde, sodass die Allianz SE mit 30% an der Commerzbank AG beteiligt werde.

Im Zuge der Finanzkrise drohte diese Übernahme zu platzen. In einer Nachverhandlung wurde der Umfang des Deals verringert, zum größten Teil dem stark gesunkenen Aktienkurs der Commerzbank geschuldet. Außerdem wurde der Zeitpunkt der völligen Übernahme um 6 Monate vorgezogen, auf den Januar 2009. Ursprünglich sollte der Übernahmevergang erst im 2. Halbjahr 2009 abgeschlossen sein.

Im Dezember 2008 nahm die Commerzbank dann stille Einlagen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung **Soffin** in Anspruch, im Umfang von 8,2 Mrd Euro, da die in der Dresdner Bank lagernden Risikopapiere von weit größerem Umfang waren als angenommen (Quelle?)

Am 8. Januar 2009 übernahm der **Soffin** 25 Prozent der Commerzbankaktien für 1,8 Mrd Euro und tätigte weitere stillen Einlagen von 8,2 Mrd Euro, um die gefährdete Übernahme zu retten.

Letzendlich wurde die Übernahme der Dresdner Bank mit 18,2 Mrd Euro gestützt, mehr als das dreifache des Wertes der Dresdner Bank. Als Gewinner des Deals kann (neben der Commerzbank) vor allem die Allianz SE gelten. Mit dem Verkauf der Dresdner wurde die Allianz ihre defizitäre Tochter los, bei der wohl noch unübersehbare Risikopapiere schlummern. Mit nur 1,45 Mrd Euro garantiert die Allianz nun für etwaige zukünftige Lasten der verkauften Tochter. Das ist im Vergleich zum Engagement des Bundes ein Schnäppchen. Allianz und Commerzbank bemühten sich um Rechtfertigungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte des Kapitals ja als Puffer für potenzielle weitere Verluste dienen.^[6]

Lobbyisten in Ministerien

Die Commerzbank war laut Auskunft des **Bundeswirtschaftsministeriums** dort durch einen Mitarbeiter vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	05.01.2004 - 30.06.2004 ^[7]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat V C 2 (Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung)

Weiterführende Informationen

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister](#) der EU hat die Commerzbank im Geschäftsjahr 2014 zwischen 800 Tsd. und 900 Tsd. Euro für die direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben. ^[8]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Bund verliert mit der Commerzbank 2,5 Milliarden Euro](#) faz.net vom 15.05.2013, abgerufen am 21.05.2013
- ↑ [Commerzbank im Überblick](#), Webseite abgerufen am 08. 02. 2015
- ↑ [Commerzbank-Vorstand](#), Webseite abgerufen am 08. 02. 2015
- ↑ [Webseite Commerzbank - Mitglieder des Aufsichtsrats der Commerzbank Aktiengesellschaft](#) abgerufen am 15.03.2013
- ↑ [Webseite Commerzbank - Zentraler Beirat](#) abgerufen am 15.03.2013
- ↑ ^{6,06,1} [Kleinlaute Töne aus dem Tower](#) Handelsblatt vom 12.Januar 2009
- ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
- ↑ [EU-Lobbyregister](#), abgerufen am 02.03. 2015

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** wurde 1967 durch den früheren Bundeskanzler **Ludwig Erhard** gegründet. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Sie ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied Roland Koch Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Verbreitung marktliberaler Ideen
Gründungsdatum	1967
Hauptsitz	Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.ludwig-erhard-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudien und Kritik	18
1.1 Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy	18
1.2 "Türöffner" für Google zu Regulierungsinstanzen	18
2 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung	19
3 Organisationsstruktur und Personal	19
3.1 Vorstand und Geschäftsführung	19
3.2 Mitglieder	20
4 Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)	20
5 Weitere Kooperationen	21
6 Zitate von Müller-Armack	21
7 Kurzdarstellung und Geschichte	21
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
9 Einzelnachweise	22

Fallstudien und Kritik

Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy

Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden [Roland Tichy](#) auf einer Bühne auftreten wollte.^{[1][2]} Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy betreibt den Blog „Tichy’s Einblick“, der von Kritikern als rechtspopulistisch bezeichnet wird.

"Türöffner" für [Google](#) zu Regulierungsinstanzen

Am 10. September 2015 veranstaltete die Ludwig-Erhard-Stiftung ein Roundtable-Dinner mit [Google](#)-Chefökonom Hal Varian zum Thema "Digitale Märkte und Wettbewerb am Beispiel von Google".^[3] Von Google nahmen die folgenden weiteren Vertreter - zum Großteil Lobbyisten - teil: Ralf Brenner (Communications and Public Affairs Manager), Arnd Haller (Director, Leiter der Rechtsabteilung, NACE), Julia Holtz (Director, Competition), Sonia Khan (Public Policy & Government Relations, Google Deutschland), Lutz Mache (Public Policy and Government Relations Analyst) und Kay Oberbeck (Head of Communications & Public Affairs D/A/CH). Zu den weiteren Teilnehmern gehörten u. a. hochrangige Vertreter der folgenden Regierungsinstitutionen, die für die Regulierung der digitalen Märkte in Deutschland zuständig sind: [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), [Bundesnetzagentur](#), [Bundeskartellamt](#) und [Nationaler Normenkontrollrat](#). Weiterhin anwesend war Friedrich Thelen, Inhaber des Politikberatungsunternehmens [Thelen Consult](#), das laut seiner Webseite Unternehmen auf dem politischen Parkett vertritt und ihnen auf höchster Ebene Gehör verschafft, wenn auf der unteren Ebene die Bürokratie versagt. Thelen war wie der Stiftungsvorsitzende [Roland Tichy](#) jahrelang bei der "Wirtschaftswoche" tätig und ist Autor von [Tichys Einblick](#).

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht eindeutig. Zum Teil wird unter ihr die von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack entwickelte wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Andere verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft die sich aus dieser Konzeption im Wege von politischen Kompromissen herausgebildete Realität des Sozialstaats mit wirtschaftlicher Globalsteuerung, einem System der sozialen Sicherung und einer breiten Streuung des Eigentums. In dem auf der Website der Stiftung veröffentlichten „Lebenslauf Ludwig Erhard“^[4] wird auf Erhards Überzeugung hingewiesen, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein müsse. Marktwirtschaft fördere die Effizienz der Wirtschaft. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft habe dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit der Herstellung und Vervollkommnung der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Lage der Bevölkerung verbessere und sich „Wohlstand für alle“ ausbreite. Heute plädierten Wissenschaftler für eine prinzipielle marktwirtschaftliche Politik ohne soziale Rücksichtnahmen. Politiker, die solchen Empfehlungen folgten, spürten jedoch schnell die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Bevölkerung.

In den Stellungnahmen der Stiftung finden sich keine Aufforderungen zu sozialer Rücksichtnahme oder gar zu staatlichen sozialen Korrekturen. Vielmehr wird im Einklang mit vielen anderen neoliberalen Denkfabriken und Netzwerken der Markt als Allheilmittel propagiert, den es gilt, mit Privatisierungen und Deregulierungen möglichst weitgehend durchzusetzen. Hans D. Barbier, der langjährige Vorsitzende des Vorstands der Stiftung, hat diesen Gedanken im Hinblick auf die Sozialpolitik wie folgt formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft“.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), arbeitet als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main. Er sitzt in einer Vielzahl von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten großer Unternehmen. U.a. ist er Aufsichtsratsvorsitzender der UBS Europe SE. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, trat 2011 als langjähriger Präsident des [Institut für Wirtschaftsforschung Halle](#) (IWH) nach Vorwürfen über unzureichende wissenschaftliche Leistung zurück.^[6] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)^[7]

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU) war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Joachim Seeler, Hamburger SPD, Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP), ehem. Generalsekretärin der FDP
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Lars Vogel (Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#) CDU-Politiker, Bundesminister für Gesundheit
- [Friedrich Merz](#), CDU-Politiker, Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Carsten Linnemann, CDU-Politiker, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU
- [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#)
- Jens Weidmann, Präsident [Deutsche Bundesbank](#)
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

(Stand: Dezember 2020)

Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)

Die Ludwig-Erhard-Stiftung gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [Bund Katholischer Unternehmer e.V.](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), [Institut für Wirtschaftspolitik](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), [Walter Eucken Institut](#), [Wilhelm-Röpke-Institut](#). Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident, [Thomas Straubhaar](#), die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[9]

Weitere Kooperationen

Die Stiftung kooperierte mit

- der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [Deutsche Stiftung Eigentum](#) bei einer Konferenz zum Thema "Bargeld ist geprägte Freiheit"^[10]
- dem [Wirtschaftsrat der CDU](#) beim "Europa-Forum"^[11]
- beim FORUM FREIHEIT 2019 u.a. mit den folgenden Organisationen: [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), [Freier Verband Deutscher Zahnärzte](#), Forum Freie Gesellschaft und [Institut für Unternehmerische Freiheit \(IUF\)](#).^[12] Referent war u.a. der Klimaleugner Michael Limburg, Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) sowie Mitglied der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) und der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[13]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Kurzdarstellung und Geschichte

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“, das Jugendmagazin „Im Klartext“ sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über [Ludwig Erhard](#). Die Stiftung vergibt Preise für Wirtschaftspublizistik sowie für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft. Der Etat wird laut Vereinsatzung aus dem Stiftungsvermögen, durch freiwillige Beiträge und durch Spenden finanziert. Für den jährlich aufzustellenden Jahresabschluss und Geschäftsbericht besteht keine Publikationspflicht.

Die Stiftung steht der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) nahe, mit der sie bei Veranstaltungen kooperiert.^[14] [Wolfgang Clement](#), der damalige Vorsitzende des Kuratoriums der INSM wurde von der Stiftung 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der Stiftung ausgezeichnet^[15]. Der langjährige Stiftungsvorsitzende, [Roland Tichy](#), war bei Veranstaltungen der INSM als Moderator tätig.^[16] [Oswald Metzger](#), ehemaliges Vorstandsmitglied der Stiftung, ist Botschafter der INSM. Weitere INSM-Botschafter sind die Stiftungs-Mitglieder [Randolf Rodenstock](#) und [Joachim Starbatty](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung - Friedrich Merz lehnt Preis ab](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
2. ↑ [Streit in Ludwig-Erhard-Stiftung](#), deutschlandfunk.de vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
3. ↑ [Teilnehmerliste, Webseite Ludwig-erhard-Stiftung](#), abgerufen am 21. 12. 2015
4. ↑ abgerufen am 18. September 2011
5. ↑ Zitiert in der Laudatio von Hans Tietmeyer auf Hans D. Barbier als Preisträger 2001 der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), veröffentlicht auf der Website der [Hayek-Stiftung](#)
6. ↑ [Wirtschaftsforschung IWH-Chef Ulrich Blum tritt zurück, FAZ vom 7. September 2011](#), Website FAZ, abgerufen am 18.9.2011
7. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
8. ↑ [Der Vorstand](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 14.12.2020
9. ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi](#), Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011
10. ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
11. ↑ [https://www.ludwig-erhard.de/termine/list/?tribe_paged=1&tribe_event_display=past Europa-Forum], ludwig-erhard.de, abgerufen am 15.01.2018
12. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019
13. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011
14. ↑ [Reform der Erbschaftssteuer, 24. September 2015, Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 17.10.2015
15. ↑ [Ludwig-Erhard-Preis, Pressemeldung der INSM vom 16. 10. 2014, Webseite INSM](#), abgerufen am 16.10.2015
16. ↑ [Marktwirtschaftlicher Dialog der INSM, 12.02.2014, Webseite flickr](#), abgerufen am 17. 10. 2015

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Die **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung** setzt sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ein. Zu diesem Zweck vergibt sie alle zwei Jahre den Internationalen Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung sowie den Publizistikpreis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), die mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) kooperiert.

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung



Rechtsform Stiftung
Tätigkeitsbereich Förderung marktradikaler Vorstellungen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#)
Gründungsdatum 1999

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

ngsdatu

m

Hauptsit Freiburg

tz

Lobbyb

üro

Lobbyb

üro EU

Webadr www.hayek-stiftung.de

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	23
2 Gremien der Stiftung	24
2.1 Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	24
2.2 Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	25
3 Preise der Stiftung	26
4 Kooperationen	26
4.1 Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik	26
4.2 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	26
4.3 Stiftung Marktwirtschaft	26
5 Weiterführende Informationen	26
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
7 Einzelnachweise	27

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung wurde im Mai 1999 zum 100. Geburtstag des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehören [Lüder Gerken](#) (Vorsitzender des [Centrums für Europäische Politik](#)), Ex-Bundespräsident [Roman Herzog](#) und die Württembergische Versicherung (1999 zur [Wüstenrot & Württembergische](#)-Gruppe fusioniert) als Stifter. Diese hat die Stiftung mit einem Kapitalstock ausgestattet und stiftet die Preise, die verliehen werden. Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Wüstenrot & Württembergische AG, [Alexander Erdland](#), ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung. Erdland war auch Präsident des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV), der einflussreichen Versicherungs-Lobbyorganisation. Im Kuratorium sitzen Lobbyisten und Mitglieder wirtschaftsnaher Netzwerke.

Laut ihrer [Broschüre](#) hat der Schutz der Freiheit, den es nur in einer Marktwirtschaft gibt, unbedingtes Ziel und damit auch Handlungsbeschränkung aller Politik zu sein. Damit wird der Politik letztlich die Berechtigung abgesprochen, in den freien Markt einzugreifen. Unter dem Stichwort "Demokratie" wird in der Broschüre auch der Einfluss von Verbänden, die Sonderinteressen vertreten, angeprangert. Die Politiker seien vielfach wehrlos, weil sie auf diese Interessengruppen angewiesen seien, um eine Mehrheit für ihre Politik zu erhalten. Dabei wird die Stiftung selbst durch eine Sonderinteressen vertretende Versicherung gefördert.

Gremien der Stiftung

Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
	<ul style="list-style-type: none">• Stiftung Ordnungspolitik, Vorsitzender des Vorstands• Centrum für Europäische Politik (CEP), Vorsitzender
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none">• Walter Eucken Institut, ehem. Direktor• Stiftung Marktwirtschaft, ehem. Vorstand• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator

(Stand: Januar 2020) Quelle: ^[1]

Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
Horst Köhler (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • ehemaliger Bundespräsident (CDU)
Leszek Balcerowicz	<ul style="list-style-type: none"> • Polnische Nationalbank, ehem. Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Heinrich Otto Deichmann	<ul style="list-style-type: none"> • Deichmann SE, Geschäftsführer
Alexander Erdland	<ul style="list-style-type: none"> • Wüstenrot & Württembergische AG, 2006-2016 Vorstandsvorsitzender • Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), 2012-2017 Präsident
Udo di Fabio	<ul style="list-style-type: none"> • 1999-2011 Richter am Bundesverfassungsgericht • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand der Hayek Stiftung
Werner Hoyer	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Investitionsbank, Präsident • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • ehem. FDP-Politiker
Otmar Issing	<ul style="list-style-type: none"> • Center for Financial Studies (CFS), Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Renate Köcher	<ul style="list-style-type: none"> • Institut für Demoskopie Allensbach, Geschäftsführerin • Mitglied des Aufsichtsrats mehrerer Unternehmen und Kuratoriumsmitglied mehrerer Stiftungen
Nicola Leibinger-Kammüller	<ul style="list-style-type: none"> • TRUMPF GmbH + Co. KG, Vorsitzende der Geschäftsführung • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Kuratoriums
Ludger Schuknecht	<ul style="list-style-type: none"> • OECD, Stellv. Generalsekretär • Bundesministerium der Finanzen, bis 2018 Abteilungsleiter
Jürgen Stark	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Zentralbank (EZB), ehem. Direktoriumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied

- Holger Steltzner
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), ehem. Herausgeber
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied

(Stand: Januar 2020) Quelle: ^[2]

Preise der Stiftung

Alle zwei Jahre vergibt die Stiftung einen internationalen Preis und einen Publizistik-Preis. Die Preise werden Persönlichkeiten verliehen, "die sich durch beispielhafte und außergewöhnliche Leistungen bei der Errichtung, Stärkung oder sonstigen Förderung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa oder in anderen Teilender Welt ausgezeichnet haben".

Preisträger 2005: Mario Monti (international) und [Karen Horn](#) (Publizistik)

Preisträger 2007: Mikulàs Dzurinda (international) und Horst Siebert (Publizistik)

Preisträger 2009: Václav Klaus (international) und Paul Kirchhof (Publizistik)

Preisträger 2011: [Lescek](#) (international) und Hans D. Barbier (Publizistik)

Preisträger 2013: Sauli Niinistö (international) und Dorothea Siems (Publizistik)

Preisträger 2015: [Jens Weidmann](#) (international), [Udo di Fabio](#) (Publizistik) und [Roman Herzog](#) (Ehrenpreis)

Preisträger 2017: Joachim Gauck (international) und Heike Göbel (Publizistik)

Preisträger 2019: Margrethe Vestager (international) und [Wolfgang Clement](#) (Publizistik)

Kooperationen

[Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik](#)

Partner der Stiftung ist das [Centrum für Europäische Politik](#), die Denkfabrik der [Stiftung Ordnungspolitik](#). Deren Stiftungsvorsitzender ([Lüder Gerken](#)) ist auch Vorsitzender der Hayek-Stiftung. Die Mitglieder des Kuratoriums der [Stiftung Ordnungspolitik](#) sind auch Kuratoriumsmitglieder der Hayek-Stiftung.

[Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)

Lüder Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Kurator der INSM. Jürgen Stark, Mitglied des Kuratoriums, ist Botschafter der INSM

[Stiftung Marktwirtschaft](#)

Lüdiger Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Weiterführende Informationen

- [Karl-Heinz Brodbeck: Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regelselektion, 13. Oktober 2004](#)

- Christof Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2008
- Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, 3. Aufl., Berlin 2009
- Die Hayek Stiftung im [Wiki der Think Tank Netzwerk Initiative](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Vorstand](#) Webseite Hayek-Stiftung, abgerufen am 24.01.2020
2. ↑ [Kuratorium](#), hayek-stiftung.de, abgerufen am 24.01.2020

Christoph Keese

Christoph Keese (*1964 in Remscheid), ist ein marktradikaler Journalist und als Konzerngeschäftsführer „Public Affairs“ Cheflobbyist der [Axel Springer AG](#). Er war weiterhin Urheberrechtspolitischer Sprecher beim [Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger](#). In dieser Funktion spielte Keese eine maßgebliche Rolle bei der Kampagne für die Einführung eines Leistungsschutzrechts der Zeitungsverlage. Google als Gegner des Leistungsschutzrechts bezeichnete er als eine Art Taliban.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	27
2 Vertreter marktradikaler Positionen	28
3 Verbindungen / Netzwerke	28
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
5 Einzelnachweise	28

Karriere

Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und dem Besuch der Henri-Nannen-Schule/Hamburger Journalistenschule war Keese Assistent von Gerd Schulte-Hillen, dem Vorstandsvorsitzenden der Gruner + Jahr AG, bevor er als Ressortleiter und Geschäftsführender Redakteur zur „Berliner Zeitung“ ging. 1999 wechselte Keese als Mitgründer zur „Financial Times Deutschland“, deren Chefredakteur er 2001 wurde. Im Mai 2004 wechselte Keese als Chefredakteur zur „Welt am Sonntag“ und übernahm im April 2006 den Vorsitz der Chefredakteursrunde von „Welt am Sonntag“, „Die Welt“ und „Berliner Morgenpost“ sowie die Verantwortung für die Onlineredaktion der „Welt“. Zum 1. April 2008 gab Keese die redaktionelle Gesamtverantwortung für alle „Welt“-Titel an Thomas Schmid ab und übernahm die neu geschaffene Aufgabe des Konzerngeschäftsführer „Public Affairs“ (President „Public Affairs“) der Axel Springer AG. Nach Angaben von Springer vertritt Keese im Rahmen dieser Tätigkeit die Interessen der Gesellschaft national sowie international gegenüber dem öffentlichen Sektor. Er berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner.^{[2][3]}

Keese moderierte auch auf n-tv im Wechsel mit Sabine Christiansen die Dokumentationsreihe „Chefsache – Manager, Marken, Märkte“, bei der jeweils ein Konzernchef interviewt und ein Unternehmen vorgestellt wird.

Vertreter marktradikaler Positionen

Keese hat die „Welt am Sonntag“ auf einen neoliberalen Kurs gebracht, den er u. a. in seinem Buch „Rettet den Kapitalismus“ (Hamburg 2004) erläutert. Danach hat die soziale Marktwirtschaft ausgedient und ist durch eine wirklich freie Marktwirtschaft im Sinne von Friedrich August von Hayek zu ersetzen. Im Februar 2005 wurde Keese ins Kuratorium der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#) berufen.^[4], in dem sich die neoliberalen Fundamentalisten organisiert haben.

Verbindungen / Netzwerke

Keese ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen:

- [Friedrich August von Hayek Stiftung](#): ehemaliges Mitglied des Kuratoriums
- Humboldt-Forum Wirtschaft: Mitglied des Kuratoriums
- Institut für Weltwirtschaft (IfW): Mitglied des Wirtschaftsbeirats
- Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM): Mitglied des Kuratoriums
- Deutsche Gesellschaft der Freunde des Weizmann Instituts e.V.: Vorstandsmitglied
- Art Directors Club für Deutschland (ADC): Mitglied
- DER DEUTSCHE FERNSEHPREIS: Juryvorsitzender

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Springer-Lobbyist Christoph Keese: "Google ist eine Art Taliban"](#), Webseite Horizont, 5. Dezember 2012, zuletzt aufgerufen am 12.7.2016
2. ↑ [Presseinformation Axel Springer AG vom 12. März 2008](#), Website Axel Springer AG, abgerufen am 5. Juni 2013
3. ↑ [Christoph Keese Kress Mediendienst](#), Website kresskoepfe, abgerufen am 5. Juni 2013
4. ↑ [Pressemitteilung der Hayek Stiftung vom Februar 2005](#)

Parteispenden

Parteispenden sind neben staatlichen Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit eine bedeutende Finanzierungsquelle deutscher Parteien (siehe [Parteienfinanzierung](#)). Durch hohe Parteispenden können einzelne Lobbygruppen oder reiche Privatpersonen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen. Deshalb sind klare Regelungen für Parteispenden wichtig für eine Demokratie. Dazu gehören insbesondere Offenlegungspflichten und die Begrenzung der zulässigen Spendenhöhe. Laut den Rechenschaftsberichten für 2017 liegt der Anteil von Parteispenden an der Gesamtfinanzierung der Bundestagsparteien zwischen 8,8 und 38,9 Prozent.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Regulierung von Parteispenden	29
2 Herkunft von Parteispenden	30
3 Empfänger von Parteispenden	31
4 Steuerliche Absetzbarkeit	32
5 Wahlkampffinanzierung	32
6 Kritik	32
7 Neuere Beispiele für problematische Parteispenden	33
8 Forderungen von LobbyControl zur Parteienfinanzierung	34
9 Weitere Informationen	35
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
11 Einzelnachweise	35

Regulierung von Parteispenden

Parteispenden sind im [Parteiengesetz](#) ausdrücklich vorgesehen. Sowohl natürliche als auch juristische Personen (wie Unternehmen und Wirtschaftsverbände) dürfen spenden. Während die staatliche Finanzierung gesetzlich begrenzt ist, gibt es für Parteispenden in Deutschland keinerlei Obergrenze. In anderen Ländern wie beispielsweise Frankreich sind Unternehmensspenden verboten und Spenden von Privatpersonen nur bis maximal 7.500 Euro pro Jahr erlaubt.

Allerdings gibt es auch in Deutschland eine Reihe von Einschränkungen und Pflichten rund um die Annahme von Parteispenden: So sind etwa Spenden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, von Parlamentsfraktionen, von den parteinahen Stiftungen und von gemeinnützigen Einrichtungen an Parteien verboten. Darüber hinaus dürfen die Parteien keine Spenden von Berufsverbänden und von Unternehmen annehmen, die zu über 25% im Eigentum der öffentlichen Hand sind (wie zum Beispiel die Deutsche Bahn). Auch Spenden aus dem Ausland sind mit kleinen Ausnahmen unzulässig: Ausländer dürfen nur bis maximal 1000 Euro spenden. Deutsche Staatsbürger dürfen aus ihrem Auslandsvermögen (etwa einer im Ausland ansässigen Firma) spenden, dürfen diese Spende aber nicht über einen Dritten an die Partei leiten.

Verboten sind zudem anonyme Spenden oberhalb von 500 Euro. Ebenfalls verboten sind sogenannte Einfluss-Spenden: Parteien dürfen keine Spenden annehmen, die „erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden.“^[2] Spenden von Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten haben oder zu erhalten hoffen, sind hingegen erlaubt.

Offenlegung von Parteispenden

Einzel Spenden über 50.000 Euro müssen von der Empfänger-Partei unverzüglich dem Bundestagspräsidenten angezeigt werden, der sie „zeitnah“ als Bundestagsdrucksache veröffentlichen muss. ^[3] Diese Offenlegungspflicht wurden erst im Jahr 2002 durch eine Reform des Parteiengesetzes eingeführt. Zudem müssen Spenden, die sich innerhalb eines Jahres auf über 10.000 Euro summieren, mit Nennung des Namens und der Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht der empfangenden Partei aufgeführt werden. Die Rechenschaftsberichte erscheinen erst mit großer Verzögerung. Findet etwa ein Wahlkampf im Sommer eines Jahres statt, werden die Wahlkampfspenden über 10.000 Euro (aber unter 50.000 Euro) erst knapp zwei Jahre später veröffentlicht. ^[4]

In den Rechenschaftsberichten wird nicht vermerkt, ob die Spender einzelne Landes-, Kreis- oder Ortsverbände bedacht haben. Auch ist nicht aufgeschlüsselt, wie viele Spenden einzelne Kreis- und Ortsverbände insgesamt erhalten haben. Nur der Bundesverband einer Partei erhält eine Aufstellung aller Zuwendungen mit Namen und Anschrift, die an alle Parteigliederungen geleistet wurden. Die Landesverbände sind verpflichtet, die Teilberichte der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände aufzubewahren.

Herkunft von Parteispenden

In Deutschland dürfen nicht nur natürliche Personen an Parteien spenden, sondern auch juristische Personen wie Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Aufgrund der sehr hohen Offenlegungsschwellen lässt sich nur die Herkunft der Spenden über 10.000 Euro nachvollziehen.

Bei den Verbänden tun sich die regionalen Verbände der Metall- und Elektroindustrie sowie der Verband der Chemischen Industrie besonders als Großspender hervor. Die Metall- und Elektro-Arbeitgeber sind dabei die größten Parteispender in Deutschland überhaupt. Sie spendeten seit dem Jahr 2000 insgesamt 19.728.573,61 Euro an CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne.

Zu den Unternehmen, die regelmäßig hohe Summen an Parteien überweisen gehören u.a. [DVAG](#), [Allianz](#), [BMW](#) und [Daimler](#). Zu den spendenfreudigsten natürlichen Personen gehört die BMW-Eignerfamilie Quandt /Klatten, die allein im Jahr 2013 690.000 Euro an die CDU und 210.000 Euro an die FDP spendeten. Im Bundestagswahlkampf 2017 spendeten u. a. der Internet-Unternehmer Ralph Dommermuth (United Internet, 1&1) 500.000 Euro an die CDU, der ehemalige BDI-Chef Hans-Joachim Langmann 370.000 Euro an die CDU und der mit Privatkliniken reich gewordene Lutz Helmig 300.000 Euro an die FDP.

Zahlungen der größten Geldgeber an die Parteien ^[5]:

Geldgeber	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Gesamt
Gesamtm Metall-Verbände	5.846.317,6	9.125.533,91	4.107.704,31	1.992.720,65	1.770.079,57	19.728.573,61
DVAG-Firmengeflecht	4.468.688,7	13.950	1.919.120,95	287.500	105.000	6.794.259,65
BMW (2000-2014) und Fam. Quandt/Klatten	4.275.337,54	1.899.269,23	1.883.786,42	1.347.213,55	495.460,78	9.901.067,52
Daimler	2.665.741,39	774.058,36	910.199,41	2.588.472,88	484.999,94	7.423.471,98
VCI und Bayerische Chemie-Verbände	2.332.815,92	1.843.607,4	1.218.798,32	981.614,45	145.000	6.521.836,09

Geldgeber	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Gesamt
Allianz	1.043.959,5	881.701,5	797.491,8	1.018.395	781.136	4.522.683,8
Deutsche Bank (2000-2009)	2.835.494,7	195.564,5	1.327.846,7	380.000	70.451,6	4.809.357,5

Bei allen Parteien leisten außerdem Mandatsträger im Bundestag und in den Landtagen größere finanzielle Zuwendungen an die Parteien. Diese werden in den Rechenschaftsberichten im Sammelposten "Mandatsträgerbeiträge" gesondert von den Spenden anderer Personen ausgewiesen. ^[6]

Empfänger von Parteispenden

Die im Bundestag vertretenen Parteien sind in sehr unterschiedlichem Ausmaß spendenfinanziert. Bei allen schwankt zudem der Anteil der Parteispenden am Gesamtbudget: In Wahljahren ist dieser Anteil bei allen Parteien besonders hoch und kann mehr als das Doppelte des sonst Üblichen betragen.

Laut der Rechenschaftsberichte für das Bundestagswahljahr 2017 ist die FDP (bzw.) am stärksten spendenfinanziert: Spenden machen insgesamt 38,9% ihrer Einnahmen aus, 11,93% ihrer Einnahmen sind Spenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Dahinter folgen die AfD (36,78% bzw. 0,91%), die CSU (22,71% und 10,16%), CDU (22,47% und 8,06%), die Grünen (13,51% und 2,21%), die SPD (8,76% und 1,91%) und die LINKE (8,5% und 0,01%).

Großspenden von jeweils mehr als 10.000 Euro erhielten die Parteien in den Jahren 2014 bis 2018 wie folgt (die Spenden von natürlichen Personen enthalten dabei auch Mandatsträgerbeiträge):

	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Linke	AfD
Großspenden von natürlichen Personen	17.427.210,27	4.632.087,07	5.717.768,18	22.727.373,88	21.026.971,14	12.110.299,67	1.900.866,44
Großspenden von Unternehmen + Verbänden	11.164.755,64	5.805.475,05	6.239.141,83	3.786.526,86	1.817.504	0	102.415
Großspenden gesamt	28.591.965,91	10.437.562,12	11.956.910,01	26.513.900,74	22.844.475,14	12.110.299,67	2.003.281,44

Die Spenden werden sowohl von der Bundespartei als auch von Landesverbänden oder weiter untergeordneten Parteigliederungen verbucht. Sie werden dort vom jeweils zuständigen Vorstandsmitglied verwaltet. Das Parteiengesetz sieht vor, dass jedes Parteimitglied Spenden annehmen darf und diese an einen für Finanzen zuständigen Vorstand weiterleiten muss. Auch einzelne Abgeordnete können Spenden annehmen, sie unterliegen dabei allerdings nicht dem Parteiengesetz, sondern den Verhaltensregeln des Bundestages (siehe unten).

Abgeordnetenspenden

Erhalten Bundestagsabgeordnete direkte Spenden, gelten für sie die Verhaltensregeln des Bundestages. ^[7] Danach ist ein Mitglied des Bundestages verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten Spenden über 5.000 Euro unter Angabe des Spenders mit Namen und Adresse anzuzeigen. Dieser wiederum veröffentlicht alle Spenden an MdBs über 10.000 Euro.

Steuerliche Absetzbarkeit

Parteispenden von natürlichen Personen sind bis zu 3.300 Euro (Single) bzw. 6.600 Euro (Ehepaar) steuerlich absetzbar. Juristische Personen können seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1992 ihre Parteispenden nicht mehr von der Steuer absetzen. Wirtschaftsverbände, die im Körperschaftsteuerrecht als Berufsverbände gelten, müssen zudem 50 Prozent Körperschaftsteuer auf Parteispenden zahlen. Unternehmen und Wirtschaftsverbände, darunter etwa [BMW](#), [Volkswagen](#) und der Tabakkonzern [Philip Morris](#), sind vermutlich auch aus diesem Grund zunehmend dazu übergegangen, finanzielle Zuwendungen an Parteien in Form von Sponsorzahlungen statt in Form von Spenden zu leisten: Sponsorzahlungen sind von Unternehmen als Betriebsausgaben absetzbar. Darüber hinaus werden Sponsorzahlungen, egal in welcher Höhe, nicht namentlich veröffentlicht.

Wahlkampffinanzierung

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gibt es in Deutschland keine gesonderten Regelungen für Spenden, die im Zusammenhang mit Wahlen bzw. Wahlkämpfen stehen. Zum Vergleich: In Großbritannien beispielsweise werden normalerweise Spenden quartalsweise veröffentlicht. Während des Wahlkampfes erfolgt die Veröffentlichung jedoch wöchentlich. Dabei müssen auch Spenden an Dritte veröffentlicht werden, die den Wahlkampf von Parteien und Kandidat/innen mit eigenen Kampagnen unterstützen.

Da in Deutschland eine solche Regelung fehlt, werden die Geldgeber der über den [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) geleistete Wahlkampfunterstützung für die [AfD](#) nicht offengelegt. Der Verein hat seit Frühjahr 2016 bei acht Landtagswahlen und der Bundestagswahl Wahlkampfmaterialien im Wert von mehreren Millionen Euro für die [AfD](#) finanziert.

In vielen Ländern existieren zudem Obergrenzen für die zulässigen Wahlkampfausgaben. Auch dies ist in Deutschland nicht der Fall.

Kritik

Die deutsche Parteienfinanzierung steht auch nach den großen Parteispendenskandalen der 1990er Jahre und der anschließenden Reform des Parteiengesetzes von 2002 in der Kritik. So fordert die [Staatengruppe gegen Korruption des Europarates \(GRECO\)](#) seit 2009 Änderungen am deutschen System und leitete 2011 sogar ein Mahnverfahren ein.^[8]

- *Offenlegungspflicht*: Laut GRECO-Bericht ist die Grenze von 50.000, ab der eine unverzügliche Veröffentlichungspflicht besteht, „übertrieben hoch“ und nicht geeignet, um „ein ausreichendes Maß an Transparenz der Parteienfinanzierung auf kommunaler Ebene zu erreichen, wo sich Politik und Wirtschaft näher sind und Handlungen mit Summen unter den erwähnten 50.000 Euro beeinflusst werden können.“ Die meisten anderen europäischen Länder haben viel niedrigere Grenzwerte für die Offenlegung von Spenden festgelegt.
- *Wahlkampffinanzierung*: Die langen Verzögerungen bei der Veröffentlichung von Parteispenden führe laut GRECO-Bericht dazu, „dass die breite Öffentlichkeit keine wirkliche Möglichkeit hat, irgendeine Form von sozialer Kontrolle auszuüben.“ Die Staatengruppe ist daher der Auffassung, „dass die derzeitigen Regelungen eindeutig nicht geeignet sind, einen zufriedenstellenden Grad an Transparenz der Wahlkampffinanzierung entsprechend der Empfehlung aus dem Jahr 2003 zu gewährleisten.“ GRECO empfiehlt daher, „ein Verfahren für die Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten für den Wahlkampf auf Bundesebene einzuführen, das die Informationen kurz nach den Wahlkämpfen verfügbar macht.“

- *Umgehung von Offenlegungspflichten durch Sponsoring:* Da Parteisponsoring im Parteiengesetz nicht geregelt ist, bietet diese Form der Parteienfinanzierung die Möglichkeit, sämtliche Offenlegungspflichten zu umgehen. Auch hier mahnte der GRECO-Bericht Reformen an.
- *Stückelung von Parteispenden:* Spender können durch Stückelung von Großspenden in kleinere Beträge leicht die Offenlegungspflichten unterlaufen. Dazu gehört zum einen die Praxis, innerhalb eines Jahres mehrere Beträge unter der Grenze von 50.000 zu überweisen oder Großspenden so auf Familienmitglieder oder Tochterfirmen aufzuteilen, dass ebenfalls jede einzelne Spende unter 50.000 Euro liegt. Dies verhindert die sofortige Offenlegung der Großspende. Auch die Veröffentlichung in den Rechenschaftsberichten kann auf ähnliche Weise umgangen werden (siehe unten). ^{[9][10]}

Neuere Beispiele für problematische Parteispenden

Der Fall Regensburg

Aus dem Umfeld von drei Regensburger Immobilienunternehmen flossen dem SPD-Ortsverein des Oberbürgermeisters Joachim Wolbergs während des Wahlkampfs 2014 über eine halbe Million Euro und der örtlichen CSU rund 90.000 Euro zu.^[11] Laut Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass Mitarbeiter der Unternehmen privat spendeten und anschließend das Geld von ihrem Arbeitgeber als Gehaltszuschlag zurückerhielten. Durch dieses mutmaßliche Strohleute-System wurde verhindert, dass der Geldfluss öffentlich bekannt wurde. Fälle wie dieser sind möglich, weil die Transparenzschwellen für Parteispenden viel zu hoch sind. Erst ab 10.000 Euro werden sie – mit rund anderthalb Jahren Verzögerung – in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht. Alle Spenden unterhalb dieser Größenordnung bleiben für die Öffentlichkeit anonym. Dies ermöglicht es, selbst riesige Beträge zustückeln und von verschiedenen Strohleuten überweisen zu lassen – unbemerkt von der Öffentlichkeit. LobbyControl fordert deshalb, Parteispenden schon ab 2000 Euro namentlich zu veröffentlichen.

Heckler und Koch

Im November 2011 berichtete die FAZ über Ermittlungen gegen den Waffenhersteller Heckler und Koch mit Sitz in Oberndorf im Landkreis Rottweil, Wahlkreis des CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wirft dem Unternehmen vor, Spenden an verschiedene Parteien so gestückelt zu haben, dass sie nicht unter die Meldepflicht des Parteiengesetzes fielen. Ziel der Spenden sei es gewesen, einen illegalen Waffenexport nach Mexiko genehmigt zu bekommen. Der CDU-Kreisverband Rottweil räumte ein, in den letzten 10 Jahren acht Spenden der Firma erhalten zu haben, die unter den Veröffentlichungsgrenzen lagen und sich auf insgesamt 70.000 Euro beliefen.^[12] 2018 wurde im Prozess gegen zwei Geschäftsführer von Heckler & Koch wegen illegaler Waffenexporte bekannt, dass sich der frühere Heckler & Koch-Geschäftsführer drei Wochen nach einer Parteispende von 10.000 Euro an den CDU-Kreisverband Rottweil schriftlich an Volker Kauder wandte und bat, dieser möge sich für die Exportgenehmigung nach Mexiko einsetzen.^[13] Auch die beiden FDP-Abgeordneten Elke Hoff und Ernst Burgbacher erhielten Spenden.^[14] Der Fall erinnert an die Direktspenden der Rüstungsindustrie an den Hamburger SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs für seinen Bundestagswahlkampf 2005. Auch in diesem Fall lagen die Beträge stets im vierstelligen Bereich, summierten sich aber insgesamt auf 60.000 Euro.^[15] Nach der Wahl wurde Kahrs Berichterstatter für den Rüstungsetat im Haushaltsausschuss.^[16] In der Folge wurde der Projektansatz für den Schützenpanzer Puma, hergestellt u.a. von den spendenden Rüstungsfirmen, von zwei auf drei Milliarden Euro erhöht.^[17]

Gauselmann

Deutschlands führender Spielhallen-Konzern, die Gauselmann AG, spendete seit 1990 mehr als eine Million Euro verdeckt an Union, SPD, FDP und Grüne. Die Spenden kamen vom Unternehmenschef Paul Gauselmann und den Führungskräften des Unternehmens und beliefen sich auf 2.000 bis 6.000 Euro. Dadurch lagen sie unter der Veröffentlichungsschwelle von 10.000 Euro und mussten in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht angegeben werden. Ziel der Spenden war es, in der Politik für „Verständnis“ der Belange der Spielautomatenbranche zu schaffen. In einem internen Aktenvermerk heißt es: „[...] um nach der Wahl die SpielV(erordnung) auf den Weg zu bringen, benötigen wir Verständnis in den unterschiedlichen Parteien. Hilfreich dabei ist, wenn wir Politikern helfen, ihren Wahlkampf zu begleichen.“ [16] Nach der Bundestagswahl 2005 wurde die Spielverordnung in Gauselmanns Sinn geändert.^[18]

BMW-Anteilseigner Johanna Quandt, Stefan Quandt und Susanne Klatten

Die BMW-Anteilseigner Johanna Quandt und ihre Kinder Stefan Quandt und Susanne Klatten spendeten der CDU kurz nach der Bundestagswahl am 9. Oktober 2013 je 230.000 Euro, der FDP je 70.000 Euro. Die Spenden waren den Parteien schon lange vor der Wahl angekündigt worden und wurden herausgezögert, um eine öffentliche Debatte darüber während des Wahlkampfs zu vermeiden. Die Spenden erfolgten in engem zeitlichem Zusammenhang mit einer Neuregelung der europäischen Abgasnorm. Die Bundesregierung hatte im Juni 2013 die Verabschiedung der Neuregelung vertagt. Am 14. Oktober, d.h. einen Tag nach Bekanntwerden der Quandt-Spenden, verschob die Bundesregierung bei einem Treffen der europäischen Umweltminister in Luxemburg erneut eine Einigung auf strengere Abgasnormen für Autos in Europa. Ziel der Bundesregierung war es, die Einführung neuer Richtlinien über einen längeren Zeitraum zu strecken, was vor allem im Interesse von Oberklasse-Herstellern wie Daimler und BMW war. Nach einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion vom 30. August 2013 hatte Susanne Klatten am 6. Dezember 2011 und am 26. November 2012 an Gesprächsrunden von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) teilgenommen. Zudem traf sich der damalige Staatsminister im Kanzleramt Eckart von Klaeden (CDU) mindestens sieben Mal in der Wahlperiode mit Vertretern der Automobilindustrie. Unmittelbar nach der Wahl wurde Klaeden Cheflobbyist von Daimler.

Quellen: ^[19]^[20]

Forderungen von LobbyControl zur Parteienfinanzierung

Für eine transparentere, verfassungskonforme Parteienfinanzierung fordert LobbyControl, dass

- die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden deutlich gesenkt werden: Spenden ab 10.000 Euro sollen sofort nach Spendeneingang offengelegt werden (bisher: ab 50.000 Euro). Bei Spenden ab 2.000 Euro sollen Spender namentlich in den Rechenschaftsberichten der Parteien genannt werden. Bisher liegt diese Veröffentlichungsgrenze bei 10.000 Euro, so bleiben bis zu 75 Prozent der Spenden juristischer Personen anonym.
- im Parteiengesetz (PartG) Regelungen zum Parteisponsoring ergänzt und alle Formen von Parteisponsoring umfassend offengelegt werden.
- Sponsorenzahlungen ab 10.000 Euro sofort und ab 2.000 Euro im Rechenschaftsbericht mit Nennung der Sponsoren und der Gegenleistung seitens der Partei offengelegt werden.
- für Spenden und Sponsoring eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender bzw. Sponsor gilt.
- Direktspenden an parteigebundene Abgeordnete ganz verboten werden.
- die Einhaltung der Regeln durch ein unabhängiges Gremium kontrolliert und wirksam sanktioniert wird.

Weitere wünschenswerte Verbesserungen:

- In den Rechenschaftsberichten der Parteien sollte aufgeführt werden, wenn Spenden an eine Untergliederung der Partei gingen, so dass die gezielte Förderung einzelner Abgeordneter und deren Wahlbezirke durch einzelne Firmen oder Verbände erkennbar wird.
- Die Spendendaten sollten nicht nur als pdf-Dateien veröffentlicht werden, sondern in einer öffentlich zugänglichen Datenbank, die durchsuchbar ist und Bürger/innen Auswertungen ermöglicht (z.B. Gesamtspenden eines Unternehmens über einen längeren Zeitraum). Da die Bundestagsverwaltung im Gegensatz zu den vergleichbaren Aufsichtsbehörden in anderen Ländern immer noch nicht tätig wurde, hat LobbyControl eine solche [Parteispenden-Datenbank](#) erstellt und in die Lobbypedia integriert.
- Die Regeln für die Parteienfinanzierung sollten potentielle Umgehungsstrategien von vornherein aufgreifen und möglichst weitgehend erfassen. Es muss z.B. Regeln zum Spendensammeln durch Lobbyisten, Unternehmen oder Vereine geben (in den USA „Bundeling“ genannt). Auch Aspekte wie das geschäftliche Engagement der Parteien oder Kredite an Parteien müssen dabei bedacht werden.

Weitere Informationen

- [Parteispenden-Datenbank](#) mit allen veröffentlichten Spenden seit dem Jahr 2000
- Allgemeiner Artikel zur [Parteienfinanzierung](#)
- Artikel zu [Parteisponsoring](#)
- Artikel zu [Parteispenden aus dem Finanzsektor](#)
- [parteispenden.at](#): Informationen über Parteispenden in Österreich
- [Spenden-Datenbank der britischen Aufsichtsbehörde Electoral Commission](#)
- [Spenden-Datenbank der US-Aufsichtsbehörde Federal Electoral Commission](#)
- [democracyforsale.net](#): Datenbank über Parteispenden in Australien

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Deutscher Bundestag: Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien 2017](#)
2. ↑ [Parteiengesetz §25\(2\)7](#), abgerufen am 25.4.2012
3. ↑ [Deutscher Bundestag: Parteispenden über 50.000 Euro](#), abgerufen am 06.09.2017
4. ↑ [Deutscher Bundestag: Fundstellen der Rechenschaftsberichte](#), abgerufen am 06.09.2017
5. ↑ Update: Aufgrund eines technischen Fehlers waren in der Tabelle bis zum 17.9.2018 bei den Spenden der Metallindustrie falsche Werte angegeben.
6. ↑ [Rechenschaftsberichte der Parteien](#)
7. ↑ [\[s://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/anlage1/245178 Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestags\]](#), abgerufen am 06.09.2017
8. ↑ [LobbyControl: Europarat ermahnt Deutschland](#)
9. ↑ [Stückeln, bündeln, tarnen](#), Abgeordnetenwatch, 22.Juni 2011, zuletzt abgerufen am 1.8.2016
10. ↑ [Gestückelte Parteispenden - Unternehmen und Verbände hebeln Transparenzregeln aus Abgeordnetenwatch](#), 15. März 2016, zuletzt abgerufen 1.8.2016

11. ↑ [LobbyControl: Parteispendensumpf: SPD-Oberbürgermeister verhaftet, 18.01.2017](#)
12. ↑ [Bestechungsverdacht bei Waffenhersteller, FAZ 16.11.2011](#)
13. ↑ [Report Mainz: Wurden politisch Verantwortliche für den Mexiko-Deal geschmiert? Sendung vom 22.5.2018](#)
14. ↑ [Drei Spenden und ein Brief, Süddeutsche Zeitung vom 22.5.2018](#)
15. ↑ [Das System Johannes Kahrs, FAZ 19.04.2009](#)
16. ↑ [LobbyControl: Vorwürfe gegen Heckler und Koch](#)
17. ↑ [Ulrike Winkelmann: Sag mir, wo die Lobbys sind, taz vom 17.12.2008](#)
18. ↑ [LobbyControl: Verschleierte Parteispenden vom Glücksspielkonzern, abgerufen am 25.4.2012](#)
19. ↑ [Parteienfinanzierung: CDU erhält Riesenspende von Großaktionären, Spiegel online vom 15. 10. 2013, Webseite Spiegel, abgerufen am 15. 10. 2013](#)
20. ↑ [Staatsminister im Kanzleramt Eckart von Klaeden wechselt zu Daimler, FAZ.net, 28. 5. 2013. Webseite FAZ, abgerufen am 15. 10. 2013](#)